

# Klare Absage an die Einheitsschule im Land

**Bildungspolitik** SPD-Regierung sieht große Fortschritte –

Opposition beklagt ein geschöntes Bild

Von unserem Redakteur

Dietmar Brück

**M Rheinland-Pfalz.** Wer Politik voller Emotionen erleben will, darf die bildungspolitischen Diskussionen nicht verpassen. Auch in diesem Jahr entzündete sich am Bildungsetat eine leidenschaftliche Grundsatzdebatte. Daraus ein paar besonders umstrittene Themen:

**Die Einheitsschule:** Laut Regierung ist die Diskussion eine Schimäre, laut Opposition eine Notwendigkeit. „Die Landesregierung propagiert zwar die Wahlfreiheit, sie engt sie aber ideologisch immer weiter ein“, beklagte Bettina Dickes, bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion. Parteichefin Julia Klöckner hatte es jüngst noch härter formuliert: „Die SPD will die Einheitsschule durch die Hintertür.“ Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD) weist diese Mutmaßung weit von sich: „Die Eltern entscheiden. Das verteidigen wir.“ Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) erklärte dazu in seiner Grundsatzrede klipp und klar: „Mit der SPD-Landesregierung wird es keine Einheitsschule geben.“

Diesem Bekenntnis traut die FDP nicht so ganz und will die derzeitige Vielfalt der Schulformen in der Verfassung festschreiben, wie die liberale Bildungspolitikerin Nicole Morsblech bekräftigte. Davon hält Bernd Lang (SPD) wenig. Der Bildungspolitiker konnte sich einen Hieb in Richtung Liberale nicht verkneifen: „Eine Verfassungsänderung zwischen Tür und Angel ist mit uns nicht zu machen.“

**Der muttersprachliche Unterricht:** Der ist nun wirklich verzichtbar, sagt die CDU. Ihn zu streichen, schwächt die Sprachkompetenz der Kinder mit Migrationshintergrund, kontert die SPD. „Die Kinder brauchen keinen muttersprachlichen Unterricht, bevor sie nicht Deutsch können“, argumentierte Bettina Dickes. Die frei werdenden Mittel wollen die Christdemokraten in frühe Sprachtests und die Deutsch-Sprachförderung stecken. Kostenpunkt laut Opposition: acht bis neun Millionen Euro pro Jahr.

Bildungsministerin Doris Ahnen hält die Forderung für „ideologisch motiviert“. Ihre Stoßrichtung: „Die gleichen Leute, die den muttersprachlichen Unterricht abschaffen wollen, fordern Italienisch, Französisch und Spanisch als zusätzliche Fremdsprachen. Und ausgerechnet bei der Muttersprache wollen wir diese Kompetenz verkümmern lassen.“ Bernd Lang legte nach: „Kinder, die Deutsch und ihre Muttersprache können, haben nachher erheblich bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt.“

**Der Unterrichtsausfall:** Das ist der absolute Klassiker in jeder bildungspolitischen Debatte. Bettina Dickes (CDU) prangerte massiven Unterrichtsausfall an: „70 Prozent der rheinland-pfälzischen Eltern sehen darin ein Problem. Das ist mehr als in jedem anderen Bundesland.“ Doris Ahnen (SPD) widersprach vehement: „Wir haben den besten Wert seit 25 Jahren.“

Die Bildungsministerin hielt der Opposition vor, dass im Gegensatz zu früheren Debatten keine Rede von Vergleichstests wie Pisa oder Iglu war. „Der Grund ist, diese Ergebnisse sind objektiv, und da liegt Rheinland-Pfalz im oberen Drittel.“

Der Bildungs- und Forschungsetat steigt 2011 im Vergleich zu 2007 um fast 19 Prozent. Er liegt bei 5,15 Milliarden Euro. „Damit spiegelt der Landeshaushalt wider, welche Prioritäten die SPD setzt“, so Doris Ahnen.

RZ Asbach, Linz, Unkel vom Freitag, 17. Dezember 2010, Seite 3 (0 Views)